

# Calmer Saablat

Nr. 127.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Spalte 20 Bg.,  
Werbekarten 60 Bg. — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 2.

Mittwoch den 4. Juni 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellung M. 2.85 vierteljährlich, Postbezugspreis  
im Orts- u. Nachbortortbezirk M. 2.75, im Fernbezirk M. 2.85, Beleggeld 30 Bg.

## Die deutschen Gegenvorschläge.

Berlin, 30. Mai 1919.

In dem zweiten Teil der deutschen Denkschrift wird zunächst der Völkerbund besprochen. Deutschland erklärt sich, indem es die Grundgedanken des deutschen Völkerbundentwurfes aufrecht erhält, bereit, auf der Grundlage des Ententeentwurfes zu verhandeln, jedoch unter der Voraussetzung, daß Deutschland sofort bei Unterzeichnung des Friedensvertrages gleichberechtigt in den Völkerbund eintritt.

Dem Ententeentwurf über die Abrüstung stimmt Deutschland zu, verlangt jedoch eine Übergangszeit, während deren Deutschland die sämtlichen zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung nötigen Truppen behält.

Deutschland ist ferner bereit, seine Festungen im Westen zu schließen und eine militärisch unbefestigte Zone dort einzurichten. Zur Festsetzung von Einzelheiten verlangt Deutschland die Aufnahme mündlicher Verhandlungen.

Im folgenden Abschnitt über die territorialen Fragen wird in Übereinstimmung mit den 14 Punkten Wilsons der Grundsatz aufgestellt, daß kein Gebiet von Deutschland abgetrennt werden darf, dessen nationale Zugehörigkeit durch jahrhundertlange konsolidierte Vereinigung mit dem deutschen Staatswesen unbestreitbar bewiesen ist oder dessen Bevölkerung sich nicht mit der Abtrennung einverstanden erklärt. Es werden dann Einzelheiten zur Erzielung einer unbeeinflussten Volksabstimmung angeführt und es wird betont, daß jedenfalls um Holz und Zinkzweige willen Menschen nicht von einer Souveränität zur andern verschoben werden sollen. Betreffs des Saargebietes wird die in den früheren deutschen Noten angebotene Lösung wiederholt. Dabei wird betont, daß die von der Entente vorgeschlagene Eigentumsübertragung der Saarbergwerke das Hundertfache der französischen Forderungen erreichen würde. Betreffs Elsaß-Lothringens wird Volksabstimmung verlangt. Im Falle eines Anschlusses Elsaß-Lothringens an Frankreich müßten die Rechte sämtlicher Bewohner sichergestellt werden und das Land einen entsprechenden Anteil an den deutschen Schulden übernehmen. Für Deutsch-Oesterreich wird die Möglichkeit des Anschlusses an Deutschland verlangt. Die Abtretung des größten Teils Oberschlesiens wird abgelehnt, da es eine deutsche Mehrheit aufweist. Es läge auch sicher im Interesse der Alliierten, Oberschlesien bei Deutschland zu belassen, da die Verpflichtungen aus dem Weltkrieg Deutschland höchstens mit, niemals aber ohne Oberschlesien erfüllen kann. Soweit die Provinz Posen unbestreitbar polnisch ist und abgesehen von einem Verbindungsweg mit Ostpreußen, welcher Deutschland unbedingt erhalten bleiben muß, Gebietsstücke Westpreußens unzweifelhaft polnisch gesinnt sind, ist Deutschland bereit, sie an Polen abzutreten. Die beabsichtigte nationale Vergewaltigung Danzigs wird abgelehnt. Deutschland ist bereit, die Häfen Memel, Königsberg und Danzig zu Freihäfen auszugestalten und dort Polen weitgehende Rechte einzuräumen. Die Lostrennung ostpreussischer Gebietsstücke wird abgelehnt. Für Schleswig schlägt Deutschland vor, daß die Abgrenzung der Abstammungsgebiete nach Süden mit der Linie zusammenfällt, welche die Umschlagslinie der sprachlichen Grenze bedeutet. Die Behörden bleiben während der Abstimmung bestehen; werden aber einer aus gleichviel Deutschen und Dänen mit einem schwedischen Obmann bestehenden Kommission unterstellt.

Die Ententeforderungen über die deutschen Kolonien stehen in unvereinbarem Widerspruch mit dem 5. Wilsonpunkt. Deutschland hat seine Kolonien rechtmäßig erworben und in jäher Arbeit unter vielen Opfern entwickelt. Der Kolonialbesitz ist für Deutschland in Zukunft notwendiger als früher, weil Deutschland Rohstoffe für seine Volkswirtschaft möglichst aus eigenen Kolonien beziehen muß, seiner Balutaverhältnisse wegen, und weil es in ihnen Absatzgebiete für seine Industrie- und Siedlungsgebiete wenigstens für einen Teil seines Bevölkerungsüberschusses haben muß. Die deutsche Regierung hält die feindselige Forderung eines Verzichts Deutschlands auf seine Kolonien für ungerechtfertigt und schlägt die Verweisung der Kolonialfrage an einen besonderen Ausschuss vor, unter Aufrechterhaltung des Anspruches auf Herausgabe seines Kolonialbesitzes ist Deutschland bereit,

falls der Völkerbund zustande kommt, die Verwaltung seiner Kolonien nach den Grundsätzen des Völkerbundes gegebenenfalls als dessen Mandatar zu führen. Deutschland beansprucht keinerlei altrussische Gebiete und betrachtet die staatsrechtliche Struktur der einzelnen russischen Staaten als deren innere Angelegenheit. Ein Recht Russlands auf Wiederherstellung und Wiedergutmachung durch Deutschland wird nicht anerkannt.

Die Denkschrift geht sodann zu den Fragen der deutschen Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands, des Außenhandels und der Seeschifffahrt über. Deutschland bedarf der Seeschifffahrt für sein gesamtes Wirtschaftsleben. Die Wegnahme der internierten deutschen Schiffe ist völkerrechtlich unbegründet. Die Wegnahme der deutschen Kabel ist eine ungerechtfertigte Einschränkung des deutschen Nachrichtendienstes. Durch die Beseitigung deutscher Rechte und Ansprüche und die Liquidierung deutschen Privateigentums im feindlichen Ausland selbst nach Friedensschluß ist der deutsche Außenhandel von jeder Betätigung ausgeschlossen und ihm die Möglichkeit des Wiederaufbaues abgeschnitten. Die Forderung auf Auslieferung der deutschen Ueberseeflotte ist unannehmbar. Dagegen ist Deutschland bereit, sich an einer für die Gesamtheit erforderlichen Transportleistung zu beteiligen, indem es die Schiffe für einen Weltpool fahren läßt, welcher für alle beteiligten Flaggen einheitliche und gleiche Entwicklung vorzieht. Deutschland ist bereit, eine Bauverpflichtung für Handelsschiffe zu übernehmen.

Eine Ersatzpflicht besteht für Deutschland nur für den Schaden, welcher der Zivilbevölkerung durch Angriffe zugefügt wurde, und zwar für Belgien und Nordfrankreich. Eine Ersatzpflicht an Italien, Montenegro, Serbien, Rumänien und Polen wird abgelehnt, weil Deutschland sie nicht angegriffen hat.

Bezüglich der finanziellen Leistungen für Schadenvergütungen stellt Deutschland den Grundsatz der Gegenseitigkeit auf und lehnt die Erstattung der unmittelbaren Kriegskosten und der Kosten für die Besatzungsheere ab. Da Deutschland in jeder Hinsicht wehrlos ist, ist eine Sicherung durch Besetzung nicht notwendig. Deutschland erklärt sich bereit, nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit einen bestimmten Prozentsatz der sämtlichen Einnahmen des deutschen Reiches und der Einzelstaaten als Annuität zu bezahlen. An der Wiedergutmachung müssen auch alle Gebiete beteiligt sein, welche durch den Friedensvertrag von Deutschland abgetrennt werden. — Es folgt dann der bereits bekannte Vorschlag über die Bezahlung des Schadensersatzes im Höchstbetrage von 100 Milliarden Goldmark. Die ab 1928 zu leistende Annuität soll in den ersten zehn Jahren nicht höher sein, als der jeweilige Gegenwert einer Milliarde Goldmark. Die Zahlung der Annuitäten kann durch eine Garantiefasse sichergestellt werden. Falls Deutschland mit seiner Annuität in Verzug sein sollte, könnte den Ententeregierungen die Kontrolle über den Dienst der Kasse zugestanden werden.

In der Frage der Herausgabe, sowie der Ersatzes von Maschinen betont die Denkschrift, daß die hierzu notwendigen Maßnahmen unter Wahrung der wirtschaftlichen Souveränität der deutschen Regierung getroffen werden müssen, daß also die von der Entente vorgeschlagene Wiederherstellungskommission anders zusammenzusetzen und mit anderen Befugnissen auszugestalten ist.

Zur Deckung der Produktion der zerstörten Kohlengruben in den nächsten zehn Jahren ist Deutschland bereit, in der ersten Zeit 20 Millionen und in 5 Jahren 8 Millionen Tonnen jährlich als Höchstmaß zu liefern. Ferner wird Beteiligung der deutschen Schachtbauunternehmungen an der Wiederherstellung der zerstörten Gruben vorgeschlagen. Die Forderung betreffend die chemische Industrie ist Deutschland anzunehmen bereit; doch seien mündliche Verhandlungen über die Einzelheiten dieser Frage notwendig.

An Stelle der im Friedensentwurf vorgesehenen einseitigen Rechte für die Ententeregierungen wird für eine kurze Reihe von Jahren gegenseitige unbedingte Meistbegünstigung in allen wirtschaftlichen Beziehungen mit einzelnen sachlich angemessenen Ausnahmen vorgeschlagen.

Die Abgabe von Eisenbahnmaterial an Polen wird abgelehnt, ebenso die Verpflichtung, neue Bahnen nach Vorschritt zu bauen.

Die Annahme der Ententebestimmungen über die Binnenschifffahrt ist mit der Fortdauer der Souveränität Deutschlands unvereinbar und unmöglich. Deutschland ist bereit, den deutschen Stromverkehr allen Staaten zu öffnen; jedoch sind an der Verwaltung lediglich die Wasserstaaten zu beteiligen.

Deutschland verlangt, daß alle Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, die verurteilt wurden, freigelassen werden. Betreffs der Behandlung und Abfertigung müssen vertraglich alle Erleichterungen gewährt werden, welche den alliierten Kriegs- und Zivilgefangenen von Deutschland beim Waffenstillstand gewährt wurden.

Die deutsche Regierung kann nicht zulassen, daß der Deutsche Kaiser vor ein fremdes Ausnahmegericht gestellt und nach Grundsätzen nicht des Rechtes, sondern der Politik gerichtet wird. Die deutsche Regierung erklärt sich nicht damit einverstanden, daß an Holland ein Gesuch um Auslieferung des Kaisers gestellt wird. Deutschland kann nicht die Verpflichtung übernehmen, den Gegnern diejenigen Personen, welche eines Verstoßes gegen die Kriegsgesetze beschuldigt werden, der Entente zur Aburteilung zu überantworten.

Zu der Arbeiterfrage übergehend, erklärt die Denkschrift: Ein Friede, der die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft nicht bringe, könne nicht von Dauer sein. Deutschland beantragt deshalb in Übereinstimmung mit den Arbeitern aller Länder erneut die Einberufung einer Konferenz der Arbeiterorganisationen, deren Ergebnis sowohl für das materielle Arbeitsrecht, wie für die internationale Arbeiterorganisation in dem Friedensvertrag aufzunehmen und damit zu internationalem Rechte zu erheben sein werde.

Der letzte Abschnitt erklärt die von der Entente vorgeschlagenen Bürgschaften für die Durchführung für unannehmbar. Die Möglichkeit eines deutschen Angriffes sei ausgeschlossen. Die Besetzung würde die Ausführung der übernommenen Verpflichtungen zur Wiedergutmachung erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Deutschland erwartet deshalb Räumung der besetzten Gebiete spätestens 6 Monate nach Unterzeichnung.

Zum Schluß erklärt die Denkschrift, daß sich den Alliierten als Bürgschaften wirksamere Mittel als Zwang und Gewalt bieten. Durch den Willen des deutschen Volkes wurde Deutschland Demokratie und Republik. Eine Rückkehr zu Verfassungszuständen, unter denen der Wille des deutschen Volkes mißachtet werden könnte, ist ausgeschlossen. Das neue Deutschland ist überzeugt, Vertrauen zu verdienen, und darf darum Aufnahme in den Völkerbund verlangen. Die Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbunde dürfte die stärkste Bürgschaft für die Vertragstreue jeder deutschen Regierung dienen. Wesentlich größer könnte aber der innere und äußere Wert dieser Bürgschaft sein, wenn sich die Sieger bereit finden lassen, Deutschland beim Wiederaufbau seines Wirtschaftslebens tätig zu helfen.

Die deutsche Regierung würde ihre Pflicht verletzen, wenn sie auf die Folgen eines Gewaltfriedens nicht nochmals warnend hinwiese. Das Schicksal Russlands spricht eine deutliche Sprache. Im Begriff, ein neues, auf Freiheit und Arbeit beruhendes Gemeinwesen zu begründen, wendet sich das deutsche Volk an seine bisherigen Gegner. Es verlangt im Interesse aller Völker und Menschen einen Frieden, dem es nach der inneren Ueberzeugung seines Gewissens seine Zustimmung zu geben vermag.

## Ententeschwindel mit der rheinischen Republik. Die Friedensbedingungen für Oesterreich. — Die auswärtige Lage.

Es ist klar, daß hinter sämtlichen Machenschaften zum Zwecke der Ausrafung einer rheinischen Republik die Entente steht, die durch die Abtrennung des Rheinlands von Deutschland die Ohnmacht des deutschen Volkes verewigen will, indem man es in einzelne machtlose Teile auseinanderreißt wie in den letzten 200 Jahren vor der Eingliederung von 1871. Der ehrenwerte Dr. Datten, der sich zum Präsidenten der pfälzischen Republik gemacht hat, hatte schon seit Monaten Fälle von den französischen Besatzungsbehörden, die ihm überall freien Verkehr zusicherten, und der Bevölkerung wurde es von den englischen Behörden verboten, die Plakate, die von unbekannter Seite angehängt worden waren, zu entfernen. Wie sehr die Franzosen die Lostrennung des Rheinlands begrüßen, ersieht man aus dem

Wird der französische Presse, und selbst die sozialistische Presse kann die Befriedigung nicht übergeben. In heuchlerischer Weise fragt die „Humanität“, ob wirklich auch die Entente nicht die Hände im Spiele habe, denn wenn ein Fremder eine solche „Bewegung“ fördere, bestünde die Gefahr (1), daß die deutsche Bevölkerung sich dagegen wehre. Wir sehen, die französischen Sozialisten unterstützen alle Bestrebungen, das deutsche Volk zu zerstücken, um so vor dessen Mächtigkeit geschützt zu sein. Das Schamloseste leistet sich der Berichtstatter des englischen Blattes „Daily Chronicle“, indem er behauptet, die Rheinländer und die Hessen seien nicht rein von deutschem Blute. Es seien Rellen, welche lateinisches und gallisches Blut in sich hätten. Schon vor dem Krieg hätten sie ihren Haß gegen Preußen nicht verhehlt, und jetzt täten sie es mit erhobener Stimme. Das Bürgerturn sei vollständig für Frankreich eingenommen, während unter dem Volk der Bolschewismus propagiert werde. Durch letzteren Hinweis will man das energische Eintreten der rheinischen Arbeiter für ihr Deutschtum entkräften. Auch im Hanauer Land betreiben die Franzosen dieselbe Wühlstätigkeit. Sie wollen eben alle rheinischen Gebiete unter ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluß bringen, um sie mit der Zeit zu verwelken, wie man es mit Esch-Bohringen gemacht hat. Im Namen der Reichsregierung hat der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission, Protest eingelegt gegen die Agitation der Franzosen, die im schärfsten Widerspruch mit den Waffenstillstandsbedingungen stehe und die schwerste Verletzung völkerrechtlich übernommener Verpflichtungen darstelle. Auch die heftigste Regierung hat schärfsten Protest gegen die hochverräterischen Handlungen deutscher Agenten in französischem Solde eingelegt, die die französische Regierung unter dem Schutze der Bajonette ihrer Senegalneger stelle.

So wie im Westen das Deutschtum verwelkt werden soll, so auch im Süden durch Italien und Südslaven. Ganz Südtirol und die Südwestecke Kärntens sowie ganz Südsteiermark soll dem süd-slawischen Staat zufallen, dem tschechoslowakischen Staat sollen alle deutschen Teile Böhmens, Mährens, Schlesiens abgetreten werden, während auf deutsch-ungarische Gebiete die Oesterreicher selbstverständlich keinen Anspruch erheben dürfen. Wir haben gestern den Verlust deutscher Stammesgenossen, die den Italienern und Südslaven ausgeliefert werden sollen, auf 4 Millionen geschätzt, von deutsch-österreichischer Seite wird er auf 3 1/2 Millionen veranschlagt. Die Oesterreicher erfahren dieselbe schmutzige Behandlung wie die Deutschen. Es wurde ihnen mitgeteilt, daß mündliche Verhandlungen nicht stattfinden. Einwände gegen die Bedingungen müßten innerhalb 14 Tagen schriftlich eingereicht werden. Es würde dann geantwortet und eine Frist bestimmt, bis zu welcher die Oesterreicher endgültig zu antworten haben. Man glaube in Oesterreich, die Alliierten würden die Oesterreicher besser behandeln, aber als man sah, daß diese den Anschluß an Deutschland erstrebten, da war es aus mit aller Sympathie. Anlässlich der durch die französischen Besatzungsbehörden veranlassten Ausrufung der rheinischen Republik telegraphierte die Agence Havas folgenden Stimmungsbericht in die Welt: Das Volk der Rheinrepublik will sich dem Haß und der Verachtung entziehen, die die ganze Welt allem zuteil werden läßt, was deutsch ist. Da die Deutschösterreicher ihre deutsche Gesinnung beibehalten wollen, werden sie in diesen Haß hineingezogen, der die beste Charakterisierung für Wilsons Erzhalunke hielt kürzlich bei der Feier des amerikanischen Gedankens für die Gefallenen im Kriege eine Ansprache, aus der klar hervorgeht, was die Amerikaner wollten. Der Völkerbund Wilsons soll nach diesen Worten den Frieden aufrecht erhalten, und die Resultate, zu denen die Alliierten gelangt sind, sollen ebenso unangreifbar gemacht werden, d. h. die Verteilung der Welt im angelsächsisch-romanischen Interesse soll verewigt werden. Das haben wir aber vom ersten Tag seit Wilsons diplomatischer Kriegsführung gegen Deutschland erkannt, und deshalb haben wir uns so energisch gegen die Wehlosmachung durch den Waffenstillstand ausgesprochen. Selbstverständlich rechtfertigt dieser Pharisäer die Vergewaltigung des deutschen Volkes ebenfalls mit der Herausforderung und dem Angriff auf die Entente. Gerade in diesem Augenblick veröffentliche aber der frühere zeitweilige Generalkonsul der russischen Arme, General Gurko, einen Artikel über die Schuldfrage, in dem er zugestehet, daß die russische Mobilmachung Deutschland vor die Notwendigkeit gestellt habe, den Krieg zu beginnen, da im Hinblick auf den Zweifrontenkrieg die einzige Ueberlegenheit Deutschlands in der Schnelligkeit seiner Mobilisierung gelegen habe. Darauf haben wir schon verschiedentlich hingewiesen, daß wir gezwungen waren, aus Notwehr den ersten Schlag zu führen. O. S.

### Eine deutsche Note zur Schuldfrage.

Berlin, 2. Juni. In den deutschen Bemerkungen zum Bericht der Entente-Kommission über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges wird zunächst auf die Notwendigkeit einer unparteiischen Untersuchung durch eine Kommission hingewiesen, der alle Archive zugänglich sind und vor der beide Parteien gleichmäßig zu Worte kommen.

Im ersten Abschnitt über die diplomatischen Verhandlungen wird auf das bestimmteste der Auffassung entgegengetreten, daß zwischen Berlin und Wien ein geheimes Komplott zur Vernichtung Serbiens geschmiedet worden wäre, in dem Oesterreich die Auffassung hatte, auf dem Druck einer militärischen Expedition bestehen zu müssen. Deutschland hat dieser Auffassung in dem guten Glauben, zur Beseitigung eines schon lange die Gefahr eines Weltkrieges in sich bergenden Konflikthesses beizutragen zugestimmt und Oesterreich ermutigt. Immerhin empfand die deutsche Regierung das österreichische Ultimatum als zu weitgehend. Eine schiedsgerichtliche Regelung hätte nach der entgegenkommenden Antwort Serbiens besser dem Geiste des Vertrauens entsprochen. Die Berliner Regierung hatte in dem Bestreben, den Streit zu lokalisieren, anfänglich gegen die Vermittlungsvorschläge sich ablehnend verhalten. Der direkte Gedankenaustausch zwischen Wien und Petersburg ist aber, was der Kommissionsbericht erstausdrücklich nicht erwähnt, von deutscher Seite angeregt worden. Zu einer Vermittlung zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland ist Deutschland immer bereit gewesen. Auch hat die Berliner Regierung vom 28. Juli ab einen starken Druck auf das Wiener Kabinett ausgeübt. Da der Kommissionsbericht diese längst bekannte deutsche Note auffallenderweise nicht erwähnt, wird einiges aus diesem Dokument hinzugefügt. Mit dem Vermittlungsvorschlag vom 29. Juli war der Weg zu einer Erhaltung des Friedens gefunden, und es ist nicht die Schuld der deutschen Regierung, wenn die Verhandlungen durch militärische Maßnahmen der Gegenseite jäh unterbrochen wurden.

Bestimmte der Depesche des Grafen Szogydy vom 27. Juli über die Zurückweisung eines englischen Vermittlungsvorschlages hat die deutsche Kommission durch Herrn v. Bethmann-Hollweg die Auskunft erhalten, daß hier der Bericht unmöglich zuverlässig sein könnte. Gleichwohl gehören die Angaben des Botenführers zu den zahlreichen Einzelpunkten, die eine Untersuchung durch eine neutrale Kommission als besonders dringlich erscheinen lassen.

Der nächste Abschnitt behandelt die Katastrophe. Die gültige Lösung der Krise wurde durch die allgemeine russische Mobilmachung vereitelt, die in dem Entente-Kommissionsbericht auffallenderweise nicht einmal flüchtig gestreift wird. Für Deutschland bedeutete die russische Mobilmachung, daß der Zweifrontenkrieg bevorstand. Eine Defensive nach beiden Seiten war sicherer Verderben. Daß in der Kriegserklärung an Frankreich einige Meldungen über französische Fliegerangriffe leichtfertig ohne genaue Nachprüfung verwendet wurden, ist bedauerlich; ändert aber nichts an der Zwangslage, in der Deutschland sich befand. Keine deutsche Staatsleitung hätte die Verantwortung für ein Abwarten in einer solchen Lage tragen können. In der Schlussfolgerung heißt es u. a.: Am 28. Juli ist das Neueste geschehen, um Wien zu einem Einklenken zu bewegen. Warum die Antwort Wiens auf den von Deutschland mit den besten Mitteln unterstützten Vorschlag Greys nicht erfolgte, entzieht sich der Kenntnis der Unterzeichneten. Und dieser Punkt bedarf daher noch der Aufklärung. Den Weltkrieg hat Deutschland nicht gewollt, dagegen waren die Absichten der führenden panslawistischen Kreise Rußlands ohne Krieg nicht erreichbar. Betreffend die Verletzung der belgischen und luxemburgischen Neutralität steht die deutsche Kommission auf dem Standpunkt, daß es sich hier um ein wieder gutzumachendes Unrecht handelt und bedauert den Versuch einer nachträglichen Rechtfertigung des Einmarsches.

Im letzten Abschnitt heißt es u. a.: Die Kommission sieht in dem Versuch, die Frage der Kriegursache durch Aufzählung von formellen Anlässen, noch dazu unter ersichtlichem Irzitimulieren der Darstellung der Einzeltatsachen zu lösen, den grundsätzlichen Fehler des Verfahrens. Die richtige Fragestellung erscheint hier:

1. Welche Regierungen hatten in der Vergangenheit am meisten den Zustand dauernder Kriegsgefahr gefördert? 2. Welche Regierungen haben politische und wirtschaftliche Interessen verfolgt, welche nur durch einen Krieg verwirklicht werden konnten? Zu beiden Punkten wird ausgeführt, die frühere deutsche Regierung habe schwere Fehler begangen. Sie habe, als auf das österreichische Ultimatum eine serbische Antwort erfolgte, die ihr selbst eine militärische Expedition entbehrlich zu machen schien, in allzu großem Vertrauen auf die damalige Leitung der Wiener Außenpolitik nicht sofort, sondern erst am Tage darauf die letzte Konsequenz gezogen, die Androhung der Veragung der Beihilfe. Ob bei einem schnelleren Verfahren der Weltkrieg vermieden worden wäre, erscheint allerdings fraglich, da die Ziele des russischen Zarisismus ohne Angriff nicht zu erreichen waren. Der Fehler Deutschlands war, daß es durch den unvermeidlichen Gegensatz gegen den Zarisismus auch mit Ländern in Verbindung geriet, mit denen es durch eine starke Gemeinschaft geistiger Interessen verbunden war und mit denen eine Verständigung möglich gewesen wäre. Die französische Regierung hat allerdings die Pflicht einer Wiedererlangung Esch-Bohringens niemals rückhaltlos angegeben und war außerdem an den Zarisismus gebunden. Da ist es unmöglich, den Krieg gegen Frankreich als einen politischen Angriffskrieg hinzustellen. Was aber England anbelangt, so wird zugegeben, daß nicht die Tatsache, wohl aber der schließliche Umfang und der Geist des deutschen Flottenbaues in den letzten Jahren Mißtrauen erregen konnten (1), und die Kommission hätte sowohl früher, wie auch auf der Friedenskonferenz eine Ausrufung über die deutschen Flottenbaupläne gewünscht. Sie bellagt daher besonders, daß durch die jetzt vorgelegten Friedensbedingungen die Ansicht, der Krieg sei von englischer Seite als Mittel der Niederwerfung eines lästigen Konkurrenten vorbereitet und geführt worden, voraussichtlich für immer in der öffentlichen Meinung Deutschlands befestigt worden ist. Als einen Verteilungskrieg gegen den Zarisismus hat das deutsche Volk 1914 den Kampf einmütig aufgenommen.

Die Kommission würde seine Fortsetzung nach Niederwerfung des Zarisismus als einen Frevel der früheren Regierung bezeichnen, sobald zweifellos nachgewiesen werden würde, daß die Gegner bereit waren, einen Frieden ohne Sieger und Besiegte zu schließen. Dafür fehlt indes heute jeder Beweis. Und wenn an den Friedensbedingungen festgehalten werden sollte, würde dieser Beweis niemals glaubhaft erbracht werden können.

Die Denkschrift ist unterzeichnet von den Herren Hans Delbrück, Max Graf Montgelas, Max Weber und Albrecht Wendelsjohn-Bartholby.

### Zur Friedensfrage.

Die angebliche Stimmung innerhalb der Entente nach Ueberreichung der deutschen Gegenvorschläge.

Haag, 3. Juni. Der Pariser Vertreter der „New-York-Tribune“ weist nochmals nachdrücklich darauf hin, daß der Biererrat geneigt sei, Deutschland Zugeständnisse zu machen. Wilson sei für größere, Clemenceau für geringere Änderungen. Italien wünsche, so rasch als möglich seine Handelsbeziehungen mit Deutschland und seinen nördlichen Nachbarn wieder aufzunehmen. Auch Lloyd George rechne jetzt offenbar mit der Stimmung in den liberalen und radikalen Kreisen Englands, die die Strenge der Friedensbedingungen verurteilen.

### Protest in der Pfalz gegen die Abtrennungsbestrebungen.

Mannheim, 3. Juni. Die neue Badische Landeszeitung berichtet: In allen größeren Städten der Pfalz fanden gestern nachmittag große Kundgebungen statt. In den Demonstrationszügen, an denen sich je nach der Größe der betreffenden Stadt Tausende von Personen, hauptsächlich Arbeiter, beteiligten, bekundeten die Teilnehmer in ruhiger Haltung ihr Deutschtum und protestierten gegen die Errichtung eines

selbstständigen pfälzischen Republik. Viele Vertreter waren gefesselt. Alles verlief in Ruhe. Heute wird überall wieder gearbeitet.

### Die Wachsenschaften im Rheinland.

Frankfurt a. M., 2. Juni. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Mannheim: Dr. Haack und Gesinnungsgenossen wollten gestern vormittag 10 Uhr in Speyer die Rheinische Republik ausrufen. Die empörte Menge stürzte sich auf die Landesverräter. Haack soll erschossen haben und wurde darauffin derartig zugerichtet, daß er in schwerverletztem Zustande vom Ploze getragen werden mußte. Letztlich erging es seinen Spießgesellen. Der Putsch in Speyer ist vollkommen mißlungen und in der Stadt herrscht gehobene Stimmung.

Berlin, 2. Juni. Von zuständiger Stelle erfahren wir, daß die französische Besatzungsbehörde vom Polizeidirektor in Wiesbaden ausdrücklich verlangt hat, dafür zu sorgen, daß die Plakate, mit der Proklamation der rheinischen Republik nicht entfernt werden. Diese Forderungen steht in merkwürdigem Gegensatz zu dem von den Besatzungsbehörden immer wieder betonten rein privaten und völkertümlichen Charakter der Separationsbewegung.

### Die französische Freude an der rheinischen Republik.

Verailles, 2. Juni. Die Proklamation der rheinischen Republik beschäftigt die gesamte Abendpresse, welche das Ereignis freudig begrüßt. „Temps“ behauptet, daß die Proklamation keineswegs auf eine künstliche Zerstückelung Deutschlands hünziele. Es handle sich lediglich darum, daß die rheinische Bevölkerung der preussischen Herrschaft entrinnen wolle, ohne ihr deutsches Vaterland zu verlernen. Deutschland erhalte so innerlich ein besseres Gleichgewicht und dem Frieden werde eine neue Blüthe gebracht. Uebrigens seien die Ereignisse im Rheinland nur die Durchführung des Programms der deutschen Regierung, welche Preuß im Januar formuliert habe, aber diese natürliche Entwicklung errege die Führer in Berlin, welche heute schon ihren damaligen Standpunkt vergessen hätten. „Intransigeant“ glaubt, daß durch die Proklamation alle deutschen Nachpläne hinfällig werden. Es handle sich um ein endgültiges Ereignis. Das Rheinland sei auf 15 Jahre besetzt und in 15 Jahren werde es für Deutschland zu spät sein, die deutsche Einheit wiederherzustellen. Sembat fragt im „Devoir“, ob die Entente wirklich die Hände nicht mit im Spiele gehabt habe. Das wäre gar nicht überraschend. Sembat rät von jeder Einmischung ab. Wenn ein Fremder diese Bewegung fördere, bestünde die Gefahr, daß die deutsche Bevölkerung sich dagegen stemme. Weiter bestünde die Gefahr, daß die Bewegung unter der Führung der Alliierten rücksichtslos und unsocial werde.

### Bermischte Nachrichten.

#### Ungarische Erfolge gegen die Rumänen.

Budapest, 3. Juni. Das Ungar. Corr. Büro meldet: Am 1. Juni haben unsere Budapester Truppen nach artillerischer Vorbereitung die nördlich der Theiß stehenden Kräfte der Rumänen geschlagen. Dadurch haben wir den Verbindungsteil zwischen der rumänischen und der tschechischen Front durchbrochen. Wir verfolgen die Tschechen auf der ganzen Linie.

#### Zunahme der Arbeiterbewegung in Frankreich.

Verailles, 2. Juni. „Populaire“ meldet, daß auch die Wagenbauarbeiter und die Flugzeugarbeiter in den Pariser Betrieben sich dem Metallarbeiterausstande angeschlossen haben. Insgesamt sind 350 000 Arbeiter ausständig. „Populaire“ erklärt: Der Augenblick ist äußerst ernst. Die Arbeitgeber widersehen sich unseren gerechten Forderungen und unsere Regierung stößt das Volk immer wieder vor den Kopf. Neue erdrückende Steuern werden kommen. Statt eines gerechten Friedens, welcher die Völker ausöhnen soll, reißt die Welle des wahnsinnigen Imperialismus die letzte Hoffnung weg, welche man auf Wilson gesetzt hatte. Unsere auswärtige Politik ist verbrecherisch. In Ungarn, Rußland, überall wird die Arbeiterrevolution bekämpft. Das französische Proletariat wird das abscheuliche Geschäft der Reaktion, zu dem es verleitet werden soll niemals durchführen.

#### Zur Lage in Irland.

Amsterdam, 4. Juni. Laut „Morning-Post“ fand am 1. Juni im britischen Parlament eine Zusammenkunft verschiedener Parlamentarier statt, wobei eine Deputation aus Irland über die Lage in Irland Bericht erstattete. Die Deputation berichtete, daß die sogenannte Arbeiterbewegung in Irland nichts anderes sei als ein zweiter internationaler Bolschewismus. Sir Edward Carson, der im Anschluß an die Deputation sprach, erklärte, daß die Deputation die Lage in Irland nicht dunkel genug geschildert habe.

#### Umsturzbeziehung in Kanada.

Rotterdam, 4. Juni. Laut „Nieuwe Rotterdamchen Courant“ meldet die „Times“ aus Montreal, daß auch dort ein allgemeiner Ausstand droht. Arbeitsminister Robertson habe erklärt, daß er fest überzeugt sei, daß hinter den ganzen Streikbewegungen in Kanada der Bolschewismus stecke und der Streik nur ein Deckmantel sei, um einen gefährlichen weiterverzweigten Plan zu verheimlichen, nach dem man die bestehende Regierung stürzen wolle. Die „Times“ schreibt: Unruhen seien unwahrscheinlich, es sei denn, daß die Tausende zurückgekehrter Soldaten sich in den Streik einmischen.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 4. Juni 1919.

#### Vom Schwarzwaldverein.

§ Seine diesjährige Hauptversammlung hielt letzten Samstag im „Adler“ der hiesige Schwarzwaldverein ab. Vor Eintritt in die Beratungen der Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende, Apotheker Hartmann, die Erschienenen und gedachte der im Felde gefallenen Mitglieder (15 an der Zahl): Redakteur W. Kirchner; Kaufmann H. Schiller; Oberleutnant Schaffert; Konditor Klein; Schlossermeister Ludwig Eisenhardt; Kaufmann K. Steudle; Stadtschultheiß E. Cong; Geometer E. Krauß; Erdbaumeister König; Färbereibesitzer Schönten; Seifenfabrikant Schlatterer; Apotheker Hugo Seeger (Neutlingen); Hauptlehrer Heßler (Oberföllbach); Hauptlehrer Sanger (Möttlingen) und Sattler G. „Lamm“ in

waren ...  
 arbeitete.  
**Land.**  
 Zeitung ...  
 wollten ...  
 Die ...  
 Daß ...  
 er ...  
 in ...  
 Aehnlich ...  
 ist ...  
 um ...  
 ren ...  
 die ...  
 Wiesbaden ...  
 Plakate ...  
 werden ...  
 Diese ...  
 von ...  
 Be ...  
 raten ...  
 und ...  
**deinischen**  
 in ...  
 der ...  
 freudig ...  
 keineswegs ...  
 auf ...  
 Es ...  
 handelte ...  
 sich ...  
 der ...  
 preußischen ...  
 und ...  
 ver ...  
 Es ...  
 gewicht ...  
 und ...  
 dem ...  
 origins ...  
 seien ...  
 die ...  
 Programms ...  
 der ...  
 liert ...  
 habe ...  
 aber ...  
 erlin ...  
 welche ...  
 heute ...  
 „Intransigent“ ...  
 hen ...  
 Nach ...  
 schne ...  
 es ...  
 Ereignis ...  
 Das ...  
 werde ...  
 für ...  
 wieder ...  
 herzu ...  
 stellen ...  
 die ...  
 Hände ...  
 nicht ...  
 ver ...  
 rasch ...  
 end ...  
 diese ...  
 Be ...  
 Bevölkerung ...  
 sich ...  
 die ...  
 Bewegung ...  
 unsozial ...  
 werde.

hengst); dazu 12 weitere verstorbene Mitglieder. Zum ehrenden Andenken erhoben sich die Versammelten von ihren Sitzen. — Aus dem Kassenbericht, erstattet durch Kaufmann Bindner, ging hervor, daß die Finanzen recht günstig sind und nichts zu erinnern gaben. — Besonderer Dank gebührt Kaufmann Paul Georgii, der während der Kriegsjahre die Geschäfte des Vorsitzenden, Schriftführers und Kassiers, welche im Felde waren, treu und gewissenhaft führte. — Als „Glanzpunkt“ des Abends war die Überreichung des glänzenden Ehrenzeichens anzusprechen an diejenigen Mitglieder, welche 25 Jahre dem hiesigen Schwarzwalddverein angehören. Folgende 18 Mitglieder konnten damit bedacht werden: Dr. Autenrieth, Fabrikant Gg. Baumann, Bierbrauer Jul. Dreiß, Kaufmann Chr. Gengenbach, Kaufmann P. Georgii, Apotheker Kopp, Apotheker Seeger, Kaufmann L. Schiler, Verwaltungsaktuar E. Staudenmeyer, Sägewerksbesitzer Wagner (Ernstmühl), Prof. Beutler (Ravensburg), „Höfle“-Wirt Wilh. Hirsau, Stationsverwalter Büchler (Hirsau), Forstwart Dürr (Gehringen), Konrad Dr. Dörtenbach (Stuttgart), Frl. Elise Hutten, Frl. Julie Majer (Hirsau), Frl. Wintgens (Hirsau). — Mit herzlichem Glückwunsch zur wohlverdienten Auszeichnung wird den Genannten aufrichtiger Dank ausgesprochen; mögen sie es noch lange gesund tragen! — Bei den Neuwahlen wurde der seitherige verdienstvolle Leiter einstimmig wiedergewählt; für Oberpostkassier Laible, der eine Wiederwahl leider ablehnte, wurde Stadtpfleger Frey in den Ausschuß, ebenso die seitherigen Ausschußmitglieder wiedergewählt. — Der Verein zählt zurzeit 302 Mitglieder. Das Werben von neuen Mitgliedern ist erwünscht, ebenso die stärkere Beteiligung bei den gemeinsamen Wanderungen, bei denen jetzt jeweils Aufnahmen gemacht werden. — Zum Schluß wurden noch Vorschläge gemacht betr. besserem Weg von Schaffhäuser zur Fuchslinge, worauf der Vorsitzende mit kräftigem Waldheiß die 30. Generalversammlung schloß. P. O.

... Bad Liebenzell, 1. Juni. Vom Rathaus. In der letzten Sitzung der bürgerl. Kollegien wurde der Verkauf des Grasetrags in den Kuranlagen um die Summe von 162 M. genehmigt. — Das Gesuch eines Karussellbesitzers, um Aufstellung seines Karussells wird zurückgestellt. — Auf das Gesuch der bürgerl. Kollegien um Einrichtung eines Schülerbades in dem vom Staat zu erbauenden Schulhaus, teilt die Bau- und Bergdirektion mit, daß sie keinen Anstand nehmen, ein Schülerbad einzubauen, sofern die Stadtgemeinde die Kosten übernimmt. Beschlossen wurde, um die Bereitstellung eines Raumes zu ersuchen, der die Einrichtung eines Schülerbades möglich macht. — Fabrikant Steinbrück ersucht um Abtretung von ca. 1 Quadratmeter Gemeindeeigentum (Rain), das er bei vorzunehmender baulicher Veränderung seines Anwesens benötigt. Dem Gesuch wird gegen eine Entschädigung von 5 M. entsprochen. — Bei Vermessung der Hindenburgstraße ergab sich, daß von Gärtner Hamburger einige Quadratmeter Gemeindeeigentum benötigt werden. S. ersucht, ihm dasselbe um 10 M. pro Quadratmeter zu überlassen. Das Gesuch wird genehmigt. Die Kosten hat der Käufer zu tragen. — Gegen eine Gebühr von jährl. 2 M. wird dem Kaufmann Schlag ein städt. Plätzchen vor seinem Hause zur Benützung überlassen. — Einem Gesuch der Angreizer in der Hindenburgstraße, die Marksteine oben am Straßenrand anzubringen, wird entsprochen, sofern sich die Grundstücksbesitzer verpflichten, bis spätestens 1. April 1920 einen Zaun von gefügten Stangen anzubringen. — Der Privatweg von der Hindenburgstraße zum Haus „Bethanien“ (Bel. Liebenzell, Mission), der seine Fortsetzung in dem neu erbauten Weg zum Zwerned findet, geht in das Eigentum der Stadtgemeinde über. — Der Fußballverein ersucht, einen 60 Ar großen Platz zu einem Spielplatz zur Verfügung zu stellen. Die bürgerl. Kollegien glauben aber, in gegenwärtiger Zeit der Milchnot und Futtermangel der Landwirtschaft kein Gelände entziehen zu dürfen, weshalb das Gesuch zurückgestellt wird. — Das von einigen Wirten eingereichte Gesuch um Erhöhung der Bierpreise kann nicht befürwortet werden. — In geheimer Wahl wird der seitherige Waldrechner Weiß einstimmig wiedergewählt. — Der Kraftwagengesellschaft Liebenzell-Schömberg-Höfen soll zur Anerkennung oder Ablehnung ihrer Entschädigungspflicht wegen Beschädigung des Straßenpflasters durch Benützung von Stollenreisen bis 1. Juli Termin gesetzt werden. — Die Rahmenverhältnisse auf dem im Eigentum des Staates befindlichen Friedhofes machen es notwendig, beim Oberamt um die Genehmigung nachzusuchen, die Ruhezeit bei Erwachsenen auf 18 Jahre und bei Kindern auf 14 Jahre herabzusetzen. — Beschlossen wurde, die Pflege der hiesigen Kriegergräber auf Gemeindefkosten zu übernehmen.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seltsmann, Calw. Druck und Verlag der A. Böhmlager'schen Buchdruckerei, Calw.

**Reklameteil.**

Bunte, glatte **Schleierstoffe** von Mk. 15.— an, und gestickte  
 abgepaßte weiße, **Blusen** in Schleierstoff gestickte und Batist zu Mk. 20.— und Mk. 24.— bei  
**T. Schiler, Calw.**

**Lebensmittelverteilung für die Landorte.**

Auf Bezugsmarke Nr. 9 kommen pro Person zur Verteilung:

a) Graupen	650 Gramm	44 Pfg.	das Pfund
b) Gries	200	48	"
c) Haferflocken	125	82	"
d) Suppenwürfel	2 Stück	13	"
e) Sago	60 Gramm	Mk. 1.30	" Pfund
f) Feigwaren	500	66 Pfg.	"

Die Einlösungsfrist für die Bezugsmarke ist am 18. ds. beendet.  
 Den Verbraucherkreisen wird empfohlen, einen Teil dieser Lebensmittel zurückzugeben, da bei den nächsten Verteilungen voraussichtlich nur geringe Mengen zur Ausgabe gelangen werden.  
 Kommunalverband: Oberamtmann Gös.

**Stadtgemeinde Calw.**  
 Zum Zweck der Schaffung weiterer Wohnungsgelegenheit wird die städt. Wohnungs-Kommission von Donnerstag, den 5. Juni ab jeweils nachmittags eine  
**allgemeine Wohnungschau**  
 vornehmen.  
 Hieron wird die Einwohnerschaft in Kenntnis gesetzt.  
 Calw, den 4. Juni 1919.  
 Stadtschultheißenamt: Göhner.

**Grasmäher und Heuwender**  
 sowie Ersatzteile dazu,  
**Mähmesser, Schleifsteine, Deichselstüßrollen, Lenkvorrichtungen, Anhaubleche, Handschlepperechen und einen gebrauchten Pferderechen**  
 empfiehlt  
**G. Wackenhuth, Maschinenwerkstätte.**

**Concordia**  
 Calw.  
 Donnerstag abend  
 7/9 Uhr  
**Singstunde.**  
 Zahlreiches Erscheinen erwartet  
 der Vorstand.

**Hirsau.**  
**Der Krautfaß-Dieb**  
 vom 3. 6. 19 wird erlucht das Faß wieder an seinen Standort zu stellen, andernfalls er in Begleitung der Polizei diese Arbeit ausführt.  
 Nach Stuttgart wird ein zuverlässiges, pünktliches

**Geld** gegen monatliche Rückzahlg. verleiht  
 H. Calberarow, Hamburg 5  
 Gebilbetes, 24 jähriges  
**Fräulein**  
 aus guter Familie, angenehmes Wesen, sucht von Mitte Juni bis Anfang Juli Aufenthalt bei ruhiger, einfacher Familie gegen Vergütung und Dienstleistung oder nur ersteres. Calw oder nahe gelegene Bahnstation bevorzugt.  
 Gest. Zuschriften unter B. 25 an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Neue Verzeichnisse**  
 der Fernsprechanstalten  
 sind im Kontor des Blattes, das Stück zu 50 Pfennig, zu haben.  
**Landwirte!**  
 Zur Bekämpfung von Krankheiten der Schweine, spec. Krampf und Rotlauf, zur Aufzucht und Erhaltung eines gesunden Tierbestandes gebraucht einzig und allein die ächte  
**Hirsch-Universal-Komposition.**  
 Niederlage in der Neuen Apotheke Calw.  
**1 Ziege**  
 samt Jungem  
 hat zu verkaufen  
 Traugott Weiß, Althengstett.

**Ottendronn.**  
 Ein achtjähriges, frommes  
**Pferd,**  
 geeignet zur Landwirtschaft, steht dem Verkauf aus.  
 Frau Barbara Rathfelder Wwe.  
**Oberkollbach.**  
 Verkaufe meinen 12 jährigen  
**Braun-Wallach**  
 unter jeder Garantie, geeignet als guter Einspanner zu schwerem Zug.  
 Friedrich Bäuerle, z. Hirsau.  
 Sehe mein 1 Jahre altes  
**Rohlfuchshengstfohlen**  
 mit Stern u. weißem Schweif, Größe 150, dem Verkauf aus.  
 Nöhm, zum Löwen, Rotfelden D. A. Nagold.

Einem 3 Jahre alten, schönen  
**Zug-Ochsen,**  
 schweren Schlags, auf beiden Seiten gehend, hat zu verkaufen.  
 Waidelich Zwerenberg.  
**Oberkollbach.**  
 Eine ältere, hochtrachtige  
**Muh-u. Schaff-Ruh**  
 hat zu verkaufen.  
 Gottl. Blaisch.  
**Rötenbach.**  
**1 Kuh**  
 samt Kalb steht dem Verkauf aus.  
 Michael Baier.

**Mädchen gesucht**  
 für Haus- und Gartenarbeit zu kleiner Familie bei guter Bezahlung.  
 Frau Luise Kirjamer, Rosalienberg, Grözingen/Durlach.  
 Ich suche zu möglichst baldigem Eintritt ein in Küche u. Hausarbeit erfahrenes, zuverlässiges

**Mädchen**  
 gesucht, das gut bürgerlich kochen kann.  
 Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.  
 Ein einfach möbliertes  
**Zimmer**  
 ist sofort zu vermieten.  
 Wo, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Für die heißere Jahreszeit empfehlen wir zur Kostbereitung  
**Heinens Mostansatz mit Süßstoff,**  
**Breisgauer mit Süßstoff,**  
**Pfannkuch & Co.**

**Seldküche**  
 gut erhalten, verkauft  
 Andreat, Hirsau.  
**Parkett-Bodenwische, Fußboden-Del, Stahlspäne**  
 empfiehlt  
 Ch. Schlatterer.

**4 Enten,**  
 Brut 1918, verkauft.  
 Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.  
**Der Glanz bleibt**  
 auch bei nassem Wetter auf ihren Schuhen, wenn Sie  
 Dr. Gentner's Deiwachselederputz  
**Nigrin**  
 verwenden, denn Nigrin ist wasserbeständig, während gewöhnliche Wassercreme sich im Regenwasser schwarz auflöst und alles beschmutzt.  
 Hersteller, auch des so beliebten Parkett- u. Linoleumwachsens „Roberin“: Carl Gentner, Göppingen (Württemberg)

**Mietverträge**  
 sind im Kontor dieses Blattes erhältlich.  
**Boden-Del, Parkettwische**  
 Ritter-Drogerie an der Nagoldbrücke.

**Mädchen.**  
 Frau Fabrikant Hippelstein, Uhlandstraße.  
 Unterhaltene  
**Konzertzither**  
 im Auftrag zu verkaufen.  
 F. Meisenhelder, Badstraße 351.

**2 neue Bettstoffe,**  
 182 x 88, grau-leinen Bezug, sowie neu aufgerichteten  
**Sofa**  
 verkauft  
 Gust. Widmann, Alburgerstraße.

**Wo kauft der Landwirt seine Maschinen? Geräte? Ersatzteile?**  
 in der **Maschinenhandlung**  
**Max Zucker, Telefon 41**  
**Weilderstadt**

Grosses Lager. Fachmännische Bedienung. Eigene Reparaturwerkstätte. Besichtigen Sie das Lager. Holen Sie Preise ein.

Garantiert echten **Rheinwein-Essig**  
 empfiehlt:  
**Ritter-Drogerie.**



**Der Glanz bleibt**  
 auch bei nassem Wetter auf ihren Schuhen, wenn Sie  
 Dr. Gentner's Deiwachselederputz  
**Nigrin**  
 verwenden, denn Nigrin ist wasserbeständig, während gewöhnliche Wassercreme sich im Regenwasser schwarz auflöst und alles beschmutzt.  
 Hersteller, auch des so beliebten Parkett- u. Linoleumwachsens „Roberin“: Carl Gentner, Göppingen (Württemberg)

## Ein letztes Wort.

Calw, den 3. Juni 1919.

Sehr geehrter Herr Bed!

Nachdem Sie Ihre Gewissensnot und die daraus geborenen schweren Bedenken gegen die Person des Herrn Stadtpfarrer Sandberger in die Öffentlichkeit gebracht haben und wir dadurch in einen öffentlichen Briefwechsel gekommen sind, gestatten Sie mir vielleicht gütigst, daß ich Ihnen auf diesem Wege erwidere. Es wäre mir aber recht leid, wenn Sie sich dadurch abhalten lassen, mit mir die Sache unter vier Augen zu besprechen.

1. Es war nicht, wie Sie vermuten, mein Bedürfnis, den peinlichen Eindruck zu verwischen, den Ihre Mitteilungen über Stadtpfarrer Sandberger hervorgerufen hatten oder ihn reinzuwaschen, wie es Ihr Bedürfnis schien, ihm eins anzuhängen. Vielmehr war es mein Bedürfnis, dem peinlichen Eindruck Ausdruck zu verleihen, den Ihr Auftreten gegen Stadtpfarrer Sandberger auf mich und viele in der betr. Versammlung Anwesende gemacht hat, ein Wort einzulegen gegen den ungenten und gehässigen Ton, den Sie in die Verhandlung hereingetragen haben. Ich wäre am Samstag morgen auch gar nicht in der Lage gewesen, ihn reinzuwaschen, da ich keine Gelegenheit gehabt hatte, ihn über Ihr Vorbringen zu fragen. Darum hatte ich zunächst auch nicht mehr zu sagen.

2. Nach wie vor bin ich überzeugt, daß es das Geratenste und Sicherste gewesen wäre, wenn Sie sich mit einer brieflichen Anfrage an Stadtpfarrer Sandberger gewendet hätten, nicht weil es mir viel lieber gewesen wäre, sondern weil es mir der sicherste Weg erschien und noch erscheint. Dann hätten Sie von ihm und nicht von zwei meiner Kollegen, die nicht einmal bei der Versammlung in Schömberg zugegen waren, erfahren, was er im Tagblatt Nr. 126 mitteilt, daß Herr Pfarrer Hornberger der gleiche verkappte Wolf ist wie Stadtpfarrer Sandberger und doch Ihres Segens nicht verlustig ging. Vielleicht verstehen Sie jetzt meinen „Appell an Ihr Gewissen“ eher.

3. Und nun zu dem, was Sie besonders krumm genommen zu haben scheinen, meinen „Appell an Ihren Verstand“. Es lag mir natürlich gänzlich ferne, die Geistesgaben eines Mannes in Ihrer Stellung, der als besonders tüchtiger und geschickter Lehrer in unserer Gemeinde weithin geschätzt wird und von mir als Mitarbeiter im Jünglingsverein noch besonders geschätzt wird, irgendwie anzuzweifeln. Mit meinem Worte von der Not des Verstehens und Begreifens wollte ich sagen, Ihre Not war, daß Sie nicht verstehen und begreifen konnten, wie ein Mann das fertig bringe, auf der einen Seite solche Erklärungen ins Blatt zu setzen und auf der andern Seite gar nicht darnach zu verfahren. Ich gebe gerne zu, mich in der Eile nicht genau genug ausgedrückt (ich hatte nur  $\frac{1}{2}$  Stunden Zeit zum Niederschreiben meiner Einwendung) und Ihnen damit die Möglichkeit zu einem Mißverständnis gegeben zu haben, was ich lebhaft bekaue. Vielleicht war ich Ihrem inneren Konflikt doch auf der Spur?

4. In der Erklärung von Stadtpfarrer Sandberger im „Calwer Tagblatt“ Nr. 123 habe ich vergeblich nach Angriffen auf die Gemeinschaften gesucht; auch andern urteilsfähigen Gemeindegliedern ist es so gegangen. Wenn er auf die schwere Gefahr für den Bestand der Volkstirade aufmerksam macht, die aus der Überspannung der Bekenntnisfrage und des Bekenntniszwangs seitens der Gemeinschaftskreise drohend erwächst, so besteht die Gefahr tatsächlich und läßt sich unter ruhig denkenden Männern durch abklingende Worte wie „lächerliche Torheit oder böswillige Unwahrheit“ nicht auf die Seite schieben, und Worte, die nicht gerade von Toleranz trafen, die einen gegenüber der Versicherung „wir üben Toleranz“ doch etwas zurückhaltend stimmen: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“.

5. Sie bieten mir zum Voraus Ihre Verzeihung an. Das hat mich eigentümlich berührt. Unter Männern ist es nicht Übung, diese edle und köstliche Gabe ungebeten anzubieten und dazu noch öffentlich. Ich fühle mich durch dieses Anerbieten auch nicht zu voraus ins Unrecht gesetzt, sehe darin auch keinen Wink, was ich als einer, der auch von der Liebe predigt, etwa zu tun habe.

6. Daß Ihnen ab und zu etwas einfällt, ist ganz in Ordnung; bei andern Leuten soll das auch vorkommen. Es ist nur die Frage, ob das, was einem einfällt, gesagt sein muß und in der Öffentlichkeit gesagt sein muß. Im übrigen reiche ich Ihnen auch gerne die Friedenshand; nur muß vorher Klarheit sein. Sonst gibt es einen faulen Frieden, und der ist wertlos. Deshalb sind auch meine Worte mehr auf Klarheit als auf Liebe gestimmt; alles Ding hat seine Zeit. — Fehler mache ich natürlich auch; sonst wäre ich kein Mensch.

Ihr ergeb.

A. Schmid.

## Seefische

blutfrisch  
Schellfische große  
Pfund Mark 1.70,  
Schellfische kleine  
Pfund Mark 1.40,  
Kabeljau  
Pfund Mark 1.50  
empfehlen

Pfannkuch & Co.

## Zöpfe, Haararbeiten

aller Art werden angefertigt bei  
Karl Genthner, Friseur-  
geschäft, Bad Liebenzell.

Maschinen-Öl,  
Motoren-Öl,  
Nähmaschinen-Öl  
confist. Fett  
empfehlen

Ch. Schlatterer.

## Statt jeder besonderen Anzeige!

Wir beehren uns Verwandte und Bekannte zu unserer am Pfingstamstag, den 7. Juni im Gasthof z. Ochsen in Bad Liebenzell stattfindenden

## Hochzeits-Feier

freudlichst einzuladen.

Karl Lander,  
Rötenbach.

Emma Hafner,  
Liebenzell.

Absgang 12  $\frac{1}{2}$  Uhr.

## Rötenbach.

Pfingstmontag, von 3 Uhr ab, findet eine

## Versammlung im Gasthaus zum „Hirsch“ statt zu einer allgemeinen Organisierung.

Hierzu werden die Ortsgruppen, Bauern- und Arbeiter-Räte, sowie die sozialdemokratische und unabhängige Partei herzlich eingeladen.  
Mehrere Mitglieder.

Bringe mein großes Lager in la.  
Friedrichstaler Sensen, Sensenwörbe,  
Sensenringe, Wegsteine, Heu-  
gabelstiele, Dunggabelstiele,  
Streugabelstiele, sowie Gußstahl-  
hauen und Gartenhäue  
in empfehlende Erinnerung.  
Achtungsvoll!

G. Koller, Teinach,  
Schmiede- und mechanische Werkstätte.

Mehrere tüchtige

## Möbelschreiner

finden sofort gutbezahlte Arbeit bei

C. H. Stock, Pforzheim,  
westl. Karl-Friedrich-Str. 65.

## Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alte Stuttgarter)

Grösste europäische Lebensversicherungs-  
Gesellschaft auf Gegenseitigkeit  
Gegründet 1854

Versicherungsbestand Ende 1918 1 Milliarde 255 Millionen M.  
Bankvermögen 542 Millionen M.  
Darunter Extra- und Dividendenreserven 72 Millionen M.

Auskünfte erteilen: Carl Pross, Verw.-Assessor,  
Hermann Stroh, Trikotwaren, Carl Reichert, Agen-  
turen, in Calw.

Bestandteile: 90° og. rez., 8° stop. oxid., 2° am. sulf., 6° 90° bisp.  
**Gruis Augenwasser**  
Seit anno 1786  
bewährt bei roten, tränenden Augen, schmerzhaften,  
nach dem Schlafen verklebten Augenlidern,  
chronisch. leuchtigen Augenentzündungen, schwa-  
chen oder angestrengten Augen (Binnern) u.  
zu haben in den Apotheken A. 2.50 die Flasche.  
Jac. Friedr. Gruis, Heilbronn a. N.

## Ein letztes Wort in der Wahlfrage.

Herr Stadtpfarrer Sandberger zwingt durch seinen heutigen Artikel „Notwehr“ auch mich noch einmal zu einer Äußerung. Ich schide meinen Ausführungen aber voraus, daß ich die persönliche Ehre des ehrwürdigen und geschätzten Herrn Stadtpfarrers in keiner Weise antasten möchte; ich habe es lediglich mit ihm als Wahlkandidaten zu tun.

1. Der Bericht über die Schömberger Wahlversammlung kam mir zu Ohren auf dem Weg über zwei Geißliche, von denen der eine Ohrenzeuge war. Wenn Herr Stadtpfarrer Sandberger einer solchen Berichterstattung keinen Glauben schenkt, so werde ich es in Zukunft auch nicht mehr tun.

2. Ich gebe meiner Freude darüber Ausdruck, daß Herr Stadtpf. Sandberger nachträglich die Ausführungen des Neuenbürger Redners bemängelt.

3. Herr Stadtpf. Sandberger scheint absichtlich zu übersehen, daß ich von dem „Wolf in Schafskleidern“ — ich würde für den herben Ausdruck lieber ein anderes, aber ebenso treffendes Wort gebrauchen — keineswegs im Zusammenhang mit der Schömberger Versammlung gesprochen habe, sondern auf Grund seiner die Gemeinheitsleute des Calwer Bezirks schwer verletzenden Unterstellungen im Calwer Tagblatt Nr. 123, und dies angesichts seiner tags zuvor abgegebenen Versicherung, daß er für gegenseitige brüderliche Duldung eintrete. Peinlich mag Herrn Stadtpf. S. nicht sowohl mein rasches Urteil, als die rasche Auseinandersetzung dieser beiden, sich so sehr widersprechenden Gedankengänge gewesen sein. Sobald Herr Stadtpf. S. seine Gedanken widerruft, werde ich obigen Ausdruck zurücknehmen. Ich war in der Notwehr gegenüber dem Angriff des Herrn Stadtpfarrers Sandb.

4. Ich bestritte Herrn Stadtpf. Sandberger nachdrücklich das Recht zu der Behauptung, wir rechtsstehenden kirchenfreundlichen Kreise hätten das parteimäßige Selbstbestimmen in die Kirchenwahl heringetragen. Dem gegenüber stelle ich fest, daß wir schon bei der Vertrauensmännerversammlung im April von der liberalen Richtung als eine bes. Gemeinschaftspartei isoliert wurden. Beweis: die wiederholten Proteste des Herrn Kirchenpflegers Schnürle hier gegen unsere Isolierung und Absonderung von den übrigen kirchentreuen Wählern. Wir haben lediglich zu jenem A das B gesagt, wenn wir nicht auch eigene Wahlzettel ausgaben. Es freut mich, mit gutem Gewissen feststellen zu können, daß für die Wahlartikel des Herrn Stadtpf. Sandberger einer der stärksten Gedanken gerade die mehr oder weniger verdeckte Betonung des Gegensatzes zu den Gemeinschaftsleuten war, den er bis zur Verletzung dieser Kreise hervorgekehrt hat. Der Umstand, daß die Stimmenzahl der beiden geistlichen Kandidaten beinahe gleich hoch ist, beweist, wie gut es gewesen wäre, wenn Herr Stadtpf. S. die Gesinnung der Gemeinheitsleute etwas mehr geschont hätte.

Auch ich schließe recht gerne dieses unerquickliche Kapitel von der ersten Bezirkskirchenwahl. Ich hoffe aber gewiß auf eine Milderung der Gegensätze bei zukünftigen kirchlichen Angelegenheiten.

Calw, den 2. Juni 1919.

Mittelschull. J. Bed.

Liebenzell.

## Fahrnis-Verkauf.

Wegen Wegzug verkaufe ich am Donnerstag, den 5. Juni, vormittags 9 Uhr und nachmittags, im Hause des Gottf. Becht, Wilhelmstraße Nr. 126, gegen Barzahlung:

verschiedenes Küchengehirr, 1 hartholzene Vulkasackhummone, 1 hartholzene Bettlade mit Kopf und Matrage, 1 alt. Bettlade mit Strohsack, 1 Oberbett, 1 schöner neuer Plüschdivan, 1 kleiner Tisch, 1 Küchentisch, Stühle, 1 Nachttisch, 1 zweitüriger Kleiderschrank, 3 Rückehäfen, 1 Regulator, 1 Handnäähmaschine, 1 zweirädriger Handharran, 2 Holz. Gartenbänke, Feld- und Handgehirr, 2 Fässer, 3 versch. Zuber, 1 Eßigfäße mit Inhalt, Bilder und Spiegel, Leatern, 1 Wringmaschine, sowie allgem. Hausrat.  
Liebhhaber sind eingeladen.

Stadtinv. Kolb.

## Spitzenkragen

mit Seidestut, für ältere  
Dame passend, habe sehr preis-  
wert zu verkaufen.

Julie Schimpf.

## Haararbeiten

fertigt rasch und billig  
J. Obermatt Friseurmeister  
Calw.

## 1 T-Träger,

Normal Nr. 32, 5,60 m lang,  
sowie einen gebrauchten

## Herb

verkauft

G. Wadenhuth.

Gut erhaltene

## Ladenwage,

mit oder ohne Gewicht, nicht  
zu kaufen gesucht.  
Angebote unter P. F. 120  
an die Geschäftsstelle d. Bl.

## Alte Hüte wie neu

durch Strohhutlack  
und Strobin,  
alt. Schühewienener  
durch Färbol, weiß,  
gelb und schwarz  
Ritter-Drogerie  
gegenüber Hotel  
„Walhorn.“